



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

**Eidgenössisches Departement für
auswärtige Angelegenheiten EDA**

LEITLINIEN DEMOKRATIE 2025–2028

AUSSEN-
POLITISCHE
STRATEGIE
2024-2027



LEITLINIEN
DEMOKRATIE
2025-2028

Vorwort

«Die Demokratie ist die schlechteste aller Regierungsformen – abgesehen von all den anderen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind.» Churchills Bonmot verweist auf eine zentrale Erkenntnis: Demokratie ist anspruchsvoll. Sie verlangt Geduld, Kompromisse und ständige Aufmerksamkeit.

Ohne diese Grundlagen kann sie in Richtung Demagogie abgleiten oder aus dem Gleichgewicht geraten. Zwischen demokratischer Selbstbestimmung und völkerrechtlichen sowie menschenrechtlichen Verpflichtungen sind Spannungen möglich. Demokratien entwickeln sich richtungsvielfältig und diskontinuierlich, während das internationale Recht tendenziell einer einseitig kumulativen Logik folgt. Trotz aller Herausforderungen bleibt Demokratie der verlässlichste Rahmen für Freiheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie verlangt, dass wir für sie eintreten.

2024 war ein globaler Stresstest für die Demokratie. In 73 Staaten waren über 4 Milliarden Menschen zur Wahl aufgerufen, über 1,5 Milliarden gaben ihre Stimme ab. Das Superwahljahr offenbarte wachsendes Misstrauen gegenüber Institutionen, den Aufstieg populistischer Kräfte und eine Krise der politischen Mitte. All dies zeigt: Demokratie ist kein Selbstläufer. Sie lebt von Beteiligung, Vertrauen und Ausgleich. Wo diese fehlen, drohen Polarisierung, Misstrauen, Apathie – und ein schleichender Verlust demokratischer Substanz. Der Weckruf aus dem Superwahljahr 2024 ist unmissverständlich: Die Demokratie steckt in einer strukturellen Krise.



Die Bundesverfassung erteilt einen klaren Auftrag: Förderung der Demokratie weltweit (Art. 54 Abs. 2). Angesichts globaler demokratischer Rückschritte hat der Bundesrat die Demokratieförderung als einen von vier Schwerpunkten (Ziff. 5.4) der Aussenpolitischen Strategie 2024–2027 festgelegt. Diese strategische Weichenstellung ist aktueller denn je. Auch die Schweizer Demokratie, mit ihrem einzigartigen Mix aus direkter Mitsprache und föderalistischer Vielfalt, steht in der Verantwortung, Brücken zu bauen – nicht Mauern.

Ja, Demokratie ist anspruchsvoll. Aber ihre Mühen lohnen sich. Gerade heute ist sie das stabilste Fundament für Freiheit, Gerechtigkeit und Widerstandskraft.

Ich wünsche eine anregende Lektüre.

A handwritten signature in black ink, which appears to read 'Cassis'. The signature is fluid and cursive, with a long horizontal stroke extending to the right.

Ignazio Cassis
Bundesrat
Vorsteher Eidgenössisches Departement für
auswärtige Angelegenheiten EDA

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	5
<hr/>		
2	Grundlagen	8
2.1	Geschichte und Entwicklung	8
2.2	Stand und Trends	10
2.3	Stärken der Schweiz	11
2.4	Prinzipien	12
<hr/>		
3	Hauptziel	13
<hr/>		
4	Aktionsfelder	14
Aktionsfeld 1	Demokratiediplomatie	14
Aktionsfeld 2	Institutionelle und gesellschaftliche Rahmenbedingungen	16
<hr/>		
5	Koordination und Umsetzung	19
<hr/>		
Anhang		21
Abkürzungsverzeichnis		21

1 Einleitung

Die Demokratie befindet sich zurzeit weltweit auf dem Rückzug – und die Autokratie im Aufwind. Autoritäre Regime begnügen sich nicht mehr damit, ihre eigene innenpolitische Machtposition zu stärken. Vielmehr sind einige über ihre Grenzen hinaus aktiv, um die Entstehung neuer Demokratien zu verhindern, bestehende Demokratien zu schwächen oder zu destabilisieren. Ein bedeutend grösserer Anteil der Weltbevölkerung lebt heute in autoritären als in demokratischen Staaten (Ziff. 2.2).

Das Wiedererstarken von Autokratien ist Folge von tiefgreifenden geopolitischen Verschiebungen. Im aktuellen Kontext entstehen nicht nur neue Allianzen, sondern auch neue ideologische Spannungsfelder zwischen demokratischen und autoritären Staaten.

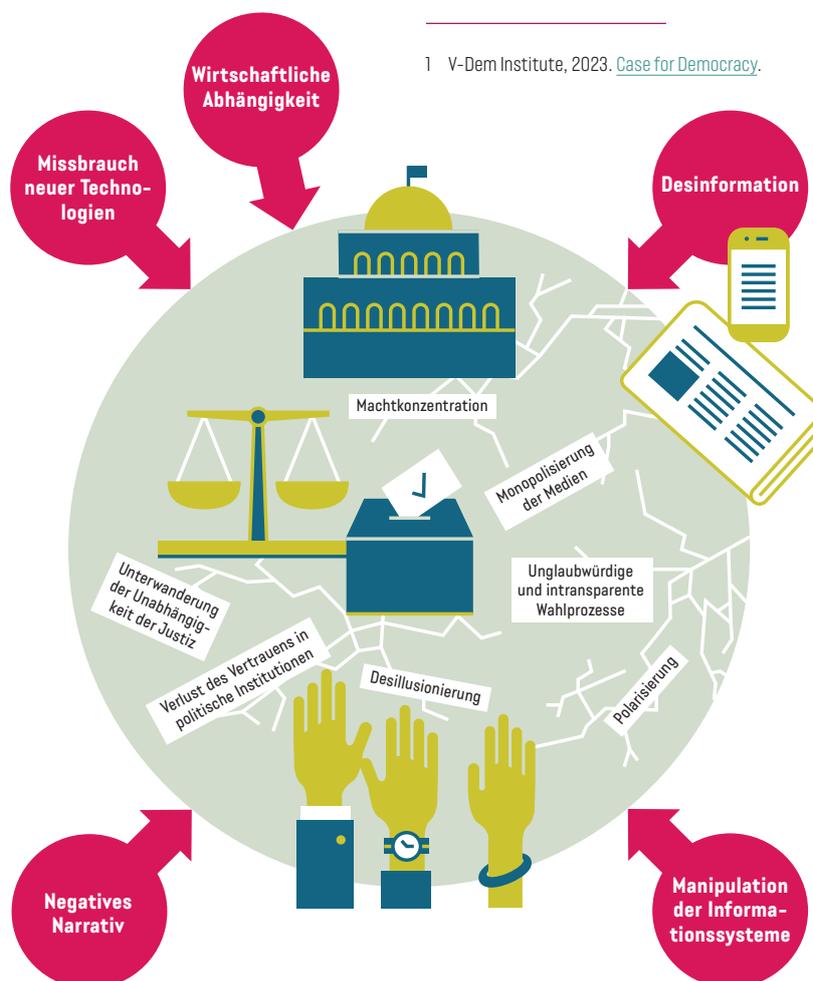
Demokratien stehen auch von innen unter Druck: Das Vertrauen darauf, dass demokratische Regierungen in der Lage sind, die grossen Herausforderungen der Gegenwart – von Migration bis hin zu Klimawandel – zu bewältigen, nimmt ab. Dieser Vertrauensverlust geht einher mit der Wahr-

nehmung, bei der Entscheidungsfindung ausgeschlossen zu sein. Demokratie und das Vertrauen in die Regierungen gehen somit Hand in Hand, ebenso der Verlust von Demokratie und der Verlust von Vertrauen in staatliche Institutionen.

In der Schweiz ist die Demokratie ein zentraler Bestandteil der politischen Identität. Die Förderung der Demokratie ist ausserdem ein Verfassungs- und Gesetzesauftrag (Art. 54 Abs. 2 der Bundesverfassung und Art. 2 Bst. c des Bundesgesetzes über Massnahmen zur zivilen Friedensförderung und Stärkung der Menschenrechte).

Mit der Förderung von Demokratie kann ein Beitrag zu Frieden und nachhaltiger Entwicklung geleistet werden. Gefestigte Demokratien führen praktisch nie Krieg gegeneinander und sind konfliktresistenter als Autokratien. Zudem bieten Demokratien eine bessere Grundlage für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung einer Gesellschaft: Demokratien führen zu Wirtschaftswachstum, besserem Zugang zu sauberem Wasser, Elektrizität und Bildung, niedrigerer Kindersterblichkeit und verbesserter Gleichstellung der Geschlechter.¹

¹ V-Dem Institute, 2023. [Case for Democracy](#).



Grafik 1: Demokratien stehen von innen und aussen unter Druck.

Die Bewahrung und Stärkung der Demokratie ist im Interesse der Schweiz. Der Bundesrat hat darum die Demokratie in der [Aussenpolitischen Strategie](#) (APS 2024–2027) als eine von vier thematischen Prioritäten definiert. Damit setzt der Bundesrat einen neuen strategischen Akzent.

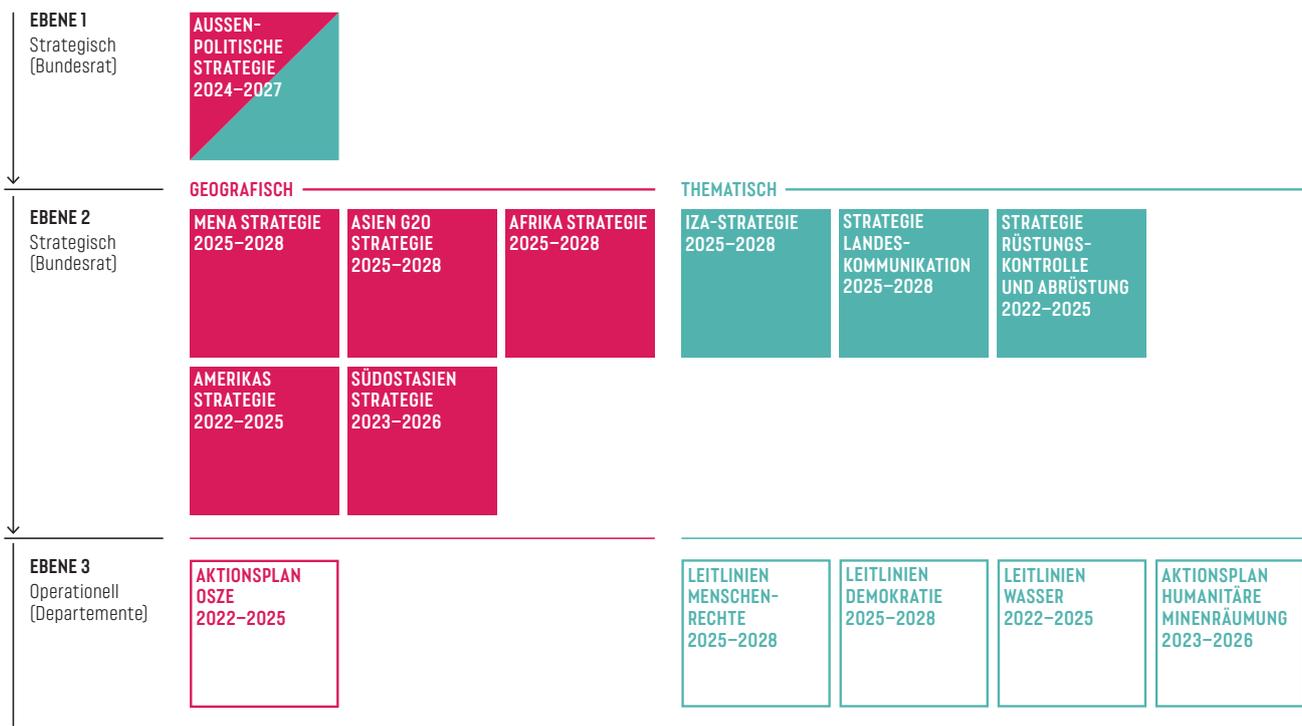
Grafik 2: Thematische Prioritäten der schweizerischen Aussenpolitik 2024–2027.

Demokratie und die UNO-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung

Mit der Verabschiedung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung anerkannten die Vereinten Nationen erstmals die Bedeutung von guter Regierungsführung und Frieden für eine nachhaltige Entwicklung. Dies ist insbesondere im **Ziel 16** zu Frieden, Gerechtigkeit und rechenschaftspflichtigen Institutionen reflektiert. Obwohl dieses Ziel keinen expliziten Bezug zur Demokratie aufweist, sind die Zielvorgaben teilweise mit demokratischen Werten verbunden:

- die Förderung der Rechtsstaatlichkeit und des Zugangs zur Justiz (16.3);
- die Bekämpfung von Korruption (16.5);
- die Förderung rechenschaftspflichtiger und transparenter Institutionen (16.6);
- die inklusive und partizipative Entscheidungsfindung (16.7);
- der Zugang zu Informationen und der Schutz von Grundfreiheiten (16.10);
- sowie die Förderung nichtdiskriminierender Gesetzgebung (16.b).





Grafik 3: Aussenpolitische Strategiekaskade (illustrative Auswahl an Dokumenten): Die Leitlinien Demokratie befinden sich auf der 3. Ebene der Strategiekaskade.

Die vorliegenden Leitlinien Demokratie des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) stellen die konzeptuelle Grundlage für diese neue Priorität der Aussenpolitischen Strategie dar. Die Leitlinien geben den Rahmen für die Arbeit des EDA auf dem Gebiet der Demokratieförderung für die kommenden vier Jahre vor. Sie definieren die Ziele dieser Arbeit, legen Schwerpunkte fest und beschreiben die dazu notwendigen Arbeitsinstrumente.

Die Demokratieleitlinien sind eingebettet in die aussenpolitische Strategiekaskade. Damit soll in der Demokratieausserpolitik die Kohärenz erhöht und die Koordination erleichtert werden.

2 Grundlagen

2.1 Geschichte und Entwicklung

Es gibt keine allgemeingültige Definition von «Demokratie» oder ein universell akzeptiertes Modell der demokratischen Regierungsform. Vielmehr ist die Demokratie ein «unendlicher Streit über die Demokratie selbst»² – eine Momentaufnahme eines konstanten Entwicklungsprozesses. Dieser Prozess lotet aus, was Demokratie im Kern bedeutet, wie in einer Demokratie entschieden wird und wer am demokratischen Entscheidungsprozess wann und wie teilhaben kann.

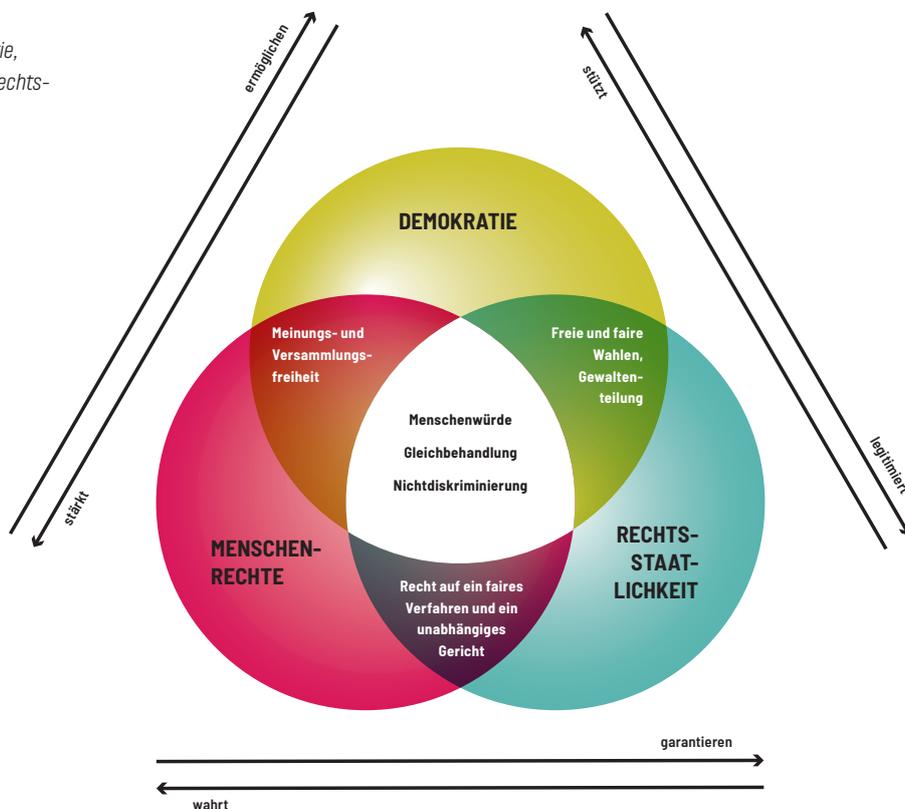
Gleichwohl gibt es Institutionen, Prozesse und Prinzipien, die fast immer in einem Atemzug mit der Demokratie genannt werden. Dazu gehören transparente, glaubwürdige und freie Wahlen, die Meinungsäußerungsfreiheit, der Schutz von Minderheiten, eine für alle zugängliche Justiz und unabhängige Gerichte, die Aufteilung staatlicher Macht auf Exekutive, Legislative und Judikative (Gewaltenteilung) und deren gegenseitige Kontrolle. Das Prinzip der Partizipation ist ebenfalls ein Kernelement der Demokratie: Demokratien ermöglichen es Bürgerinnen und Bürgern, ihre politische Zukunft effektiv mitzugestalten.

Demokratie wurde als Begriff für die Regierungsform im antiken Athen (sowie anderen Stadtstaaten des antiken Griechenlands) eingeführt. Er ist abgeleitet von den beiden griechischen Wörtern *demos* («Volk») und *kratos* («Macht»). Diese machen den Kern des Demokratieverständnisses aus: Demokratie ist eine Regierungsform, welche von der Souveränität des Volkes ausgeht.

Die Demokratie wurde mehr als einmal und an mehr als nur einem Ort «erfunden». Sie hat verschiedene Wurzeln, und sie ist keineswegs eine ausschließlich westliche Staatsform. Bürgerversammlungen waren bereits vor über 4000 Jahren in Mesopotamien und später auf dem indischen Subkontinent verbreitet. Die Demokratie des antiken Athens festigte sich ungefähr vor 2500 Jahren.

Einen wichtigen Einfluss auf unser Demokratieverständnis übte die Aufklärung aus. Sie stellte das Individuum und dessen Vernunft ins Zentrum. Auf dieser Grundlage entwickelten Philosophen wie Immanuel Kant, John Locke, Baron de Montesquieu

Grafik 4: Trias Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit



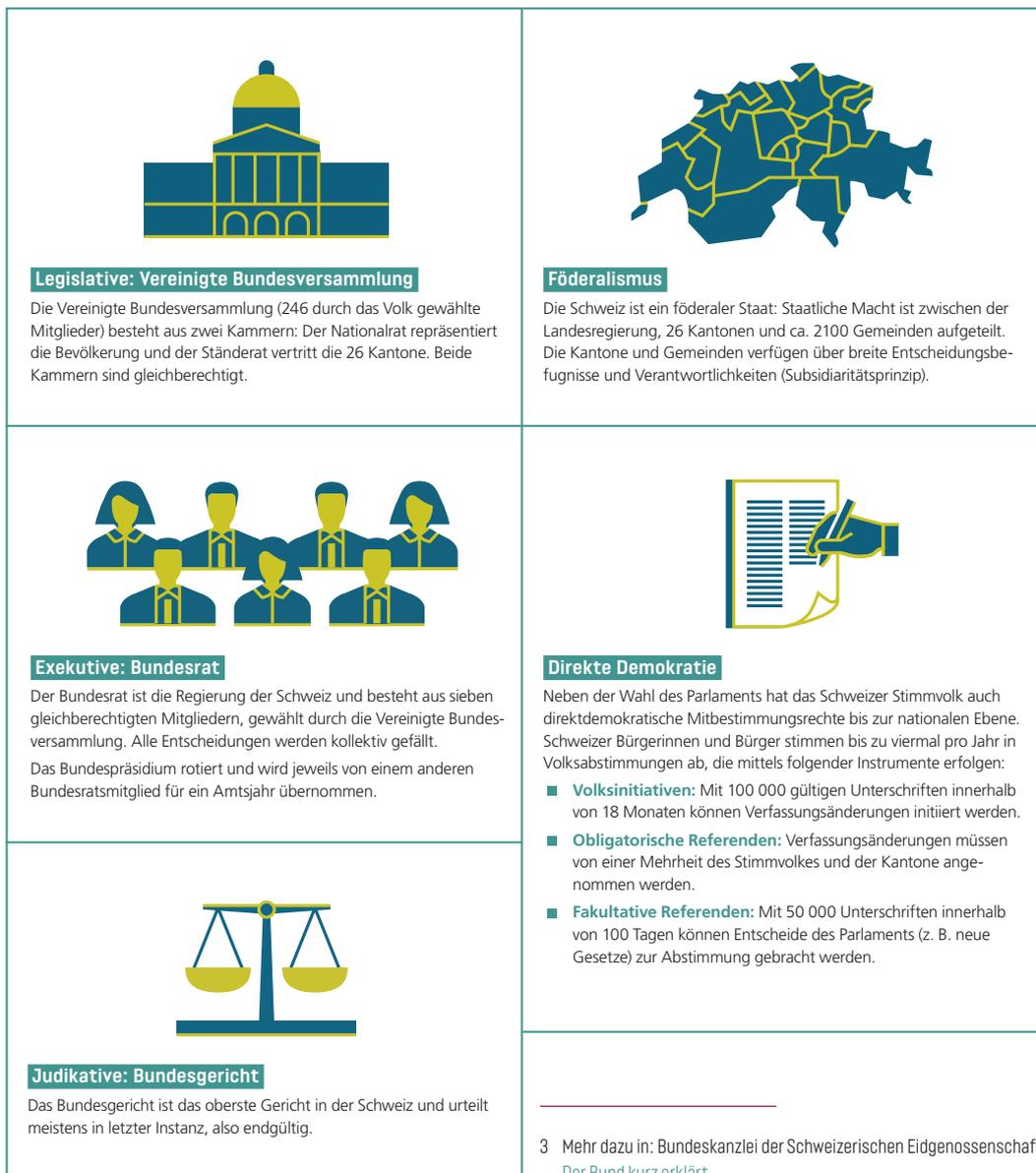
² International IDEA, 2023, [The Global State of Democracy](#), S. 4.

und Jean-Jacques Rousseau Ideen und Konzepte, die wir bis heute eng mit der Demokratie in Verbindung bringen: Freiheit, individuelle Rechte, die Gewaltentrennung und die fundamentale Annahme, dass alle Menschen denselben Wert haben. Diese Ideen initiierten eine Reihe von Revolutionen und einen sich über mehrere Jahrhunderte hinziehenden Prozess der Demokratisierung. So hat die Aufklärung unser Demokratieverständnis entscheidend geprägt. Es ist dadurch gekennzeichnet, dass es Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit als eine Trias von sich gegenseitig stärkenden Bedingungen versteht.

Als Folge davon wird insbesondere in Europa und der angelsächsischen Welt Demokratie oftmals mit einem liberalen Demokratiemodell gleichgesetzt. In diesem Modell steht der Wille der Mehrheit im Zentrum. Dieser wird aber durch eine Verfassung eingeschränkt, welche zugleich auch individuelle Freiheiten und Rechte gewährt. So schliesst das heutige Verständnis der Demokratie auch den Schutz von Minderheiten ein.

Demokratie existiert in unterschiedlichen institutionellen und prozessualen Ausprägungen. Die meisten heutigen Demokratie Modelle sind repräsentativ konzipiert: Die Bevölkerung wählt Abgeordnete, die in ihrem Namen Gesetze erlassen und die Regierungsführung übernehmen. In einigen Demokratien ist die Bevölkerung direkt an der Gesetzgebung und Regierungsführung beteiligt, indem sie nicht nur wählt, sondern auch systematisch über Sachfragen abstimmt. Diese direkte Demokratie wird in einer Reihe von Ländern auf lokaler Stufe praktiziert. Die Schweiz ist eines der wenigen Länder, das direktdemokratische Instrumente auch auf nationaler Stufe einsetzt. In der Schweiz gehören zudem der Föderalismus und die Gemeindeautonomie zum Kern des Demokratieverständnisses, da sie massgeblich dazu beitragen, dass die staatliche Macht nicht bei einer zentralen Stelle konzentriert wird.

Grafik 5: Das politische System der Schweiz³



2.2 Stand und Trends

Nach mehreren grossen, weltumspannenden Demokratisierungswellen seit der Aufklärung ist das globale Demokratie-niveau heute ungefähr wieder auf jenes von 1986 gesunken. 72 Prozent der Weltbevölkerung lebten Ende 2024 in autoritären Systemen, und in einer Mehrheit der Staaten haben sich der Respekt grundlegender Menschenrechte und die Integrität demokratischer Prozesse und Institutionen verschlechtert.⁴

Diese globale demokratische Rezession ist durch zwei unterschiedliche, aber miteinander verbundene Phänomene gekennzeichnet. Erstens ist in vielen Teilen der Welt ein demo-

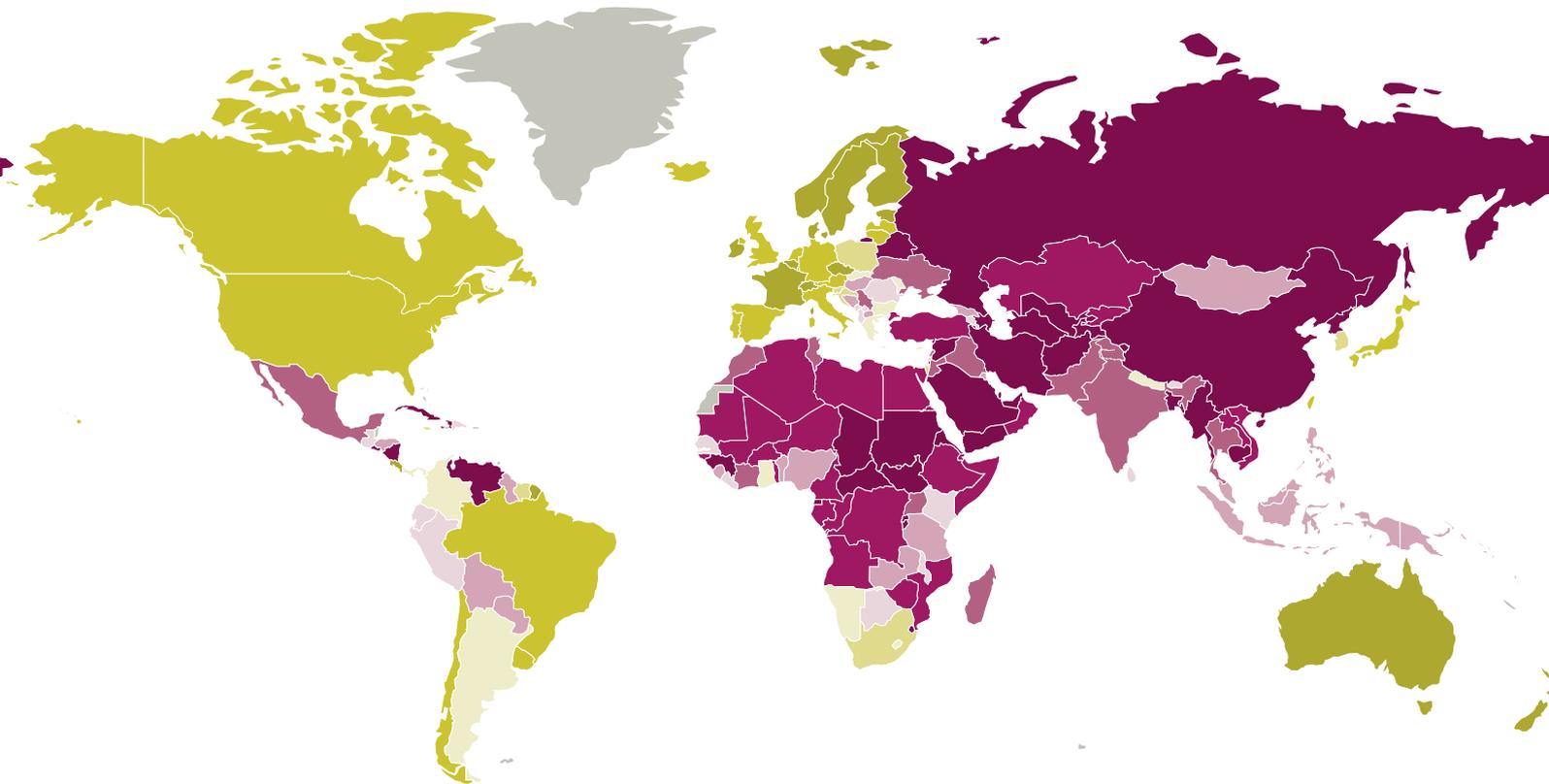
kratischer Rückschritt zu verzeichnen. Länder, die bereits ein gewisses Mass an Demokratie erreicht hatten, erleben eine Erosion ihrer grundlegenden demokratischen Institutionen und Prozesse: Sie werden weniger demokratisch. Zweitens ist eine Zunahme autoritärer Kräfte zu beobachten: Autoritäre Staaten werden noch autoritärer und versuchen mittels «Sharp Power»⁶ oder tatsächlicher Gewalt, die Demokratie über ihre Grenzen hinaus zu untergraben. Gleichzeitig verbreitet sich vielerorts ein zunehmend negatives Narrativ über den Wert und die Vorteile der Demokratie als Regierungsform.

Grafik 6: Demokratieniveau weltweit (Stand 2024).⁵

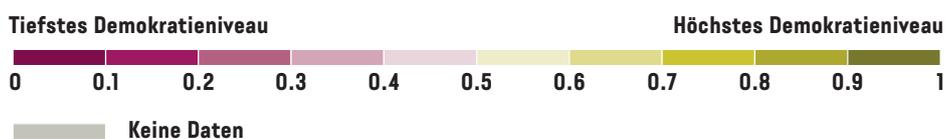
4 Siehe V-Dem Institute, [V-Dem Report 2025](#).

5 Siehe V-Dem Institute, [V-Dem Dataset v15](#).

6 «Sharp Power» bezeichnet die gezielte Einflussnahme autoritärer Staaten auf andere Länder, um deren politische Systeme, Gesellschaften oder Institutionen zu manipulieren oder zu destabilisieren. Im Gegensatz zu «Soft Power», bei der positive Anziehungskraft und kultureller Einfluss genutzt werden, verwendet «Sharp Power» oft Desinformation, Propaganda, wirtschaftliche Druckmittel oder Cyberangriffe.



Skala Demokratieniveau 2024



Diese Grafik basiert auf den Daten des V-Dem Institute ([V-Dem Dataset V15](#)). Es gibt weitere Institutionen, die ihre eigenen Indexe erheben und veröffentlichen. Dazu gehören [International IDEA](#), [Freedom House](#) und der [Economist Democracy Index](#). Die Qualifikation des Stands der Demokratie kann je nach Index variieren.

2.3 Stärken der Schweiz

Die Schweiz blickt auf eine lange demokratische Tradition zurück und wird regelmässig als Beispiel erfolgreicher demokratischer Regierungsführung zitiert. Das verschafft ihr **Glaubwürdigkeit im Bereich der Demokratieförderung**. Diese Glaubwürdigkeit beruht insbesondere auf folgenden Aspekten:

- **Demokratische Kontrolle und Machtteilung.** Mit ihren direkt-demokratischen Mitsprachemöglichkeiten, der Konkordanz und der föderalistischen Struktur (Grafik 5) veranschaulicht die Schweiz, wie Machtkonzentration verhindert und eine breite Palette demokratischer Kontrollinstrumente eingesetzt werden können.
- **Integration von Vielfalt.** Die Schweiz ist kulturell, sprachlich und religiös vielfältig. Ihre politischen Institutionen und Prozesse vermögen bis heute unterschiedliche Bedürfnisse und Prioritäten zu integrieren. Der Schutz von Minderheiten, insbesondere der sprachlichen Minderheiten, ist besonders ausgeprägt.
- **Politische Stabilität.** Das demokratische System der Schweiz ist anpassungsfähig. Es begegnet den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, demografischen und technologischen Herausforderungen mit breit abgestützten Lösungen. Geregelt demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten bieten nicht nur Raum für Veränderung und Weiterentwicklung, sondern garantieren gleichzeitig politische Stabilität und Ordnung.

Die Schweiz ist auch deshalb gut positioniert, um Partnerländer in der Stärkung ihrer Demokratie zu unterstützen, weil sie bereits **seit Langem in einer Vielzahl von demokratie-relevanten Bereichen aussenpolitisch tätig** ist:

- **Demokratisierung für nachhaltige Entwicklung und Frieden.** Die Schweiz unterstützt in den Partnerländern ihrer internationalen Zusammenarbeit (IZA) verschiedene Aspekte der demokratischen Gouvernanz und der Demokratieförderung als Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung und Frieden. Dazu gehören der Schutz der Menschenrechte, die Förderung der Dezentralisierung, die Beteiligung von Minderheiten an politischen Prozessen, die Bekämpfung von Korruption, die Unterstützung von Parlamenten und freien, transparenten und glaubwürdigen Wahlen sowie die Förderung ausgewogener öffentlicher Information. Die Schweiz beteiligt sich auch an Wahlbeobachtungsmissionen und unterstützt mit Einsätzen des Expertenpools für zivile Friedensförderung (SEF) zum Beispiel Verfassungsrevisionen oder Reformen des Sicherheitsapparats. Zudem setzt sie sich dafür ein, dass Frauen gleichberechtigt in demokratische Entscheidungsprozesse eingebunden werden.
- **Menschenrechtsdiplomatie und Rechtsstaatlichkeit.** Die Schweizer Menschenrechtsdiplomatie und ihr Einsatz für die Rechtsstaatlichkeit tragen ebenfalls zur Stärkung der Demokratie bei (Grafik 4). Die Verwirklichung der Menschenrechte ist ein Grundpfeiler demokratischer Gesellschaften: Sie gewährt den Raum für individuelle und gesellschaftliche Freiheit, auf denen die Demokratie gründet, und schützt das Individuum vor staatlicher Willkür. Die Rechtsstaatlichkeit wirkt autoritären Tendenzen entgegen, da politische Institutionen nur im Rahmen bestehender, verfassungsmässig erlassener Gesetze handeln, diese konsequent und vorhersehbar anwenden und dabei die Gleichheit vor dem Gesetz und die Nichtdiskriminierung wahren.

2.4 Prinzipien

Aufbauend auf ihrer Glaubwürdigkeit und langjährigen Erfahrung (Ziff. 2.3) sowie der Überzeugung, dass eine demokratische Ordnung in ihrem Interesse liegt (Einleitung), setzt sich die Schweiz für die Demokratieförderung ein. Dabei folgt sie diesen Prinzipien:

A

Dialog statt Export

→ Die Schweiz fördert Demokratie durch einen partnerschaftlichen Dialog auf Augenhöhe. Statt ein bestimmtes Demokratieverständnis oder -modell exportieren zu wollen, stärkt die Schweiz die Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses rund um Demokratie sowie demokratische Institutionen und Prozesse.

B

Kontextsensitivität

→ Der Prozess der Demokratisierung ist in allen etablierten Demokratien komplex und nicht linear. In ihren Aktivitäten achtet die Schweiz darauf, dass sie mögliche negative Folgen ihrer Aktivitäten frühzeitig erkennt und vermeidet («Do No Harm»-Prinzip). Sie berücksichtigt ausserdem die Geschichte, Kultur sowie Wirtschafts- und Sozialstrukturen anderer Länder, bleibt aber zugleich den universell akzeptierten demokratischen Grundsätzen verpflichtet.

C

Schwerpunktsetzung

→ Der Bedarf an Massnahmen zur Demokratieförderung ist weltweit hoch. Aufgrund beschränkter Ressourcen fokussiert die Schweiz auf ausgewählte Themen und Länder, um die bestmöglich Wirkung zu entfalten und Mehrwert zu schaffen. Sie setzt auf Synergien, vorhandene Expertise und Erfahrung sowie bestehende Netzwerke.

D

Menschenrechte und Rechtstaatlichkeit

→ Die Schweiz steht für die universelle Gültigkeit und Unteilbarkeit der Menschenrechte, die Rechtstaatlichkeit sowie jene Normen und grundlegenden Freiheiten ein, die die Grundpfeiler der Demokratie bilden. Dazu zählen insbesondere jene Menschenrechte, die sie im Rahmen ihrer Menschenrechtsdiplomatie fördert, wie die Meinungs- und Versammlungsfreiheit, die Rechte von Frauen und der Schutz von Minderheiten.

E

Einbezug von politischen Akteuren

→ Die Widerstandsfähigkeit der Demokratie hängt nicht nur von der Stärke ihrer Institutionen ab, sondern auch von den Einstellungen und Überzeugungen der politischen Akteure. In verschiedenen Kontexten hat sich gezeigt, dass vor allem der politische Wille entscheidend für die Entwicklung der Demokratie ist. Deshalb sucht die Schweiz den Austausch mit politischen Akteuren und fokussiert auf Dialog und Demokratiediplomatie.

F

Agilität

→ Demokratien sind stets im Wandel. Rückschritte sind möglich, aber es gibt auch immer wieder demokratische Fortschritte. Die Schweiz trägt dieser Dynamik Rechnung, arbeitet agil und antizipiert Entwicklungen. Sie unterstützt Staaten bei positiven demokratischen Entwicklungen, sofern dies gewünscht und möglich ist.

3 Hauptziel

Vor dem Hintergrund der globalen demokratischen Rezession und der anhaltenden geopolitischen Verschiebungen geht es in den kommenden Jahren vor allem darum, die demokratische Welt zu sichern. Eine Demokratieförderung, die die Welt realistisch betrachtet und sie nicht idealisiert, muss daher insbesondere dem demokratischen Rückschritt entgegenwirken. Daher konzentriert sich die Schweiz auf die Resilienz etablierter, stagnierender oder rückläufiger Demokratien.

In autoritären und fragilen Kontexten leistet sie weiterhin demokratierelevante Arbeit, die sie aber nicht in erster Linie als Demokratieförderung – im Sinne der Stärkung der Resilienz demokratischer Institutionen und Prozesse – versteht. Vielmehr arbeitet sie in diesen Kontexten vor allem auf eine Verbesserung der Gouvernanz hin, beispielsweise um den verbleibenden staatsbürgerlichen Raum zu erhalten, gute Regierungsführung zu unterstützen oder die Achtung der Menschenrechte sicherzustellen. Während Demokratieförderung im engeren Sinne voraussetzt, dass demokratische

Strukturen und Institutionen bereits vorhanden und bis zu einem gewissen Grad etabliert sind, setzt demokratierelevante Arbeit auch dort an, wo noch keine demokratischen Strukturen und Institutionen vorhanden sind, und schafft dadurch die nötige Basis für autonome demokratische Entwicklungen.

Das Hauptziel der Demokratieförderung der Schweiz ist es, demokratische Prozesse und Institutionen partnerschaftlich zu stärken und zu schützen, wo diese bereits (punktuell) bestehen, aber gefährdet sind.

Mit der Arbeit in den unten aufgeführten Aktionsfeldern der Demokratiediplomatie und zur Stärkung der institutionellen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen schärft die Schweiz ihr Profil als innovative und wirkungsorientierte Akteurin in diesem aussenpolitischen Bereich.

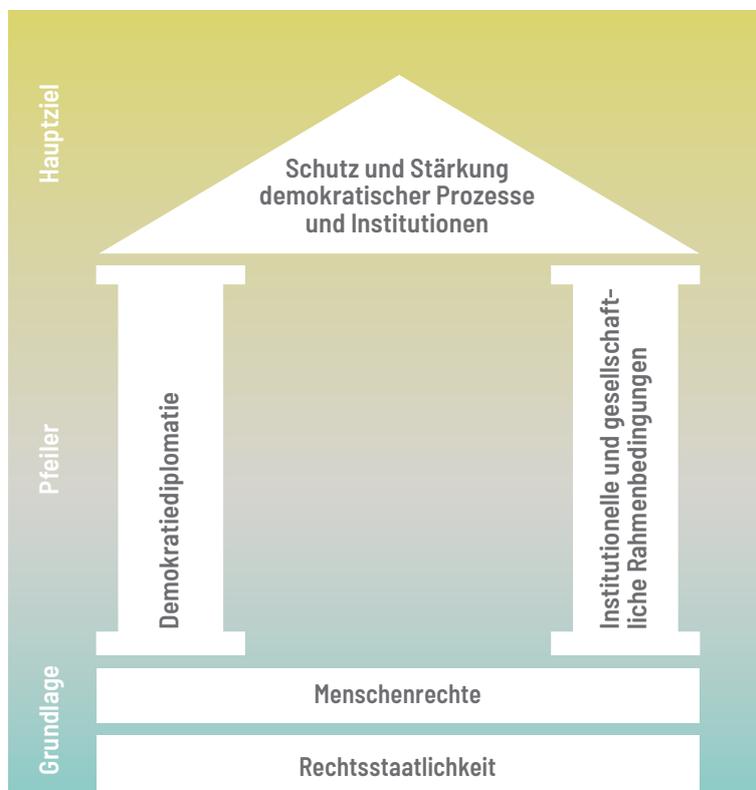


Aktivitäten der Schweiz

- Demokratiediplomatie
 - Stärkung institutioneller und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen
 - Gouvernanz
- } Demokratieförderung

Grafik 7: Übersicht der Aktivitäten der Schweiz im Bereich «Gouvernanz» und in den Bereichen «Stärkung institutioneller und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen» sowie «Demokratiediplomatie».

4 Aktionsfelder



Grafik 8: Demokratieförderung (Grundlagen, Pfeiler und Hauptziel)

Aktionsfeld 1

Demokratiediplomatie

Die Schweiz stärkt den politischen Rahmen für die Demokratie. Dazu nutzt sie bilaterale und multilaterale Dialoge und Dialogplattformen, um die Demokratie als erfolgreiches und leistungsfähiges Modell im globalen Diskurs zu verankern und einer demokratischen Ermüdung entgegenzuwirken. Dank ihrer langjährigen Erfahrung im Bereich der Guten Dienste hat die Schweiz die besten Voraussetzungen, um diese diplomatischen Instrumente glaubwürdig und zielgerichtet einzusetzen.

Im Rahmen ihrer Demokratiediplomatie stellt die Schweiz diplomatische Instrumente verstärkt in den Dienst der Demokratieförderung.

Dabei stehen drei Instrumente im Mittelpunkt, die weitgehend neu konzipiert sind und sich in den kommenden Jahren in der Praxis bewähren müssen:

4.1.1 Bilaterale und multilaterale Dialoge

Die Schweiz nutzt politische Dialoge mit anderen Staaten sowie mit zwischenstaatlichen Organisationen, um das gegenseitige Verständnis von unterschiedlichen Demokratiemodellen zu verbessern, geeignete Massnahmen der Demokratieförderung zu thematisieren sowie die konkrete Zusammenarbeit voranzutreiben. Wo Interesse besteht und ein Mehrwert ersichtlich ist, lanciert sie im Rahmen der bestehenden Ressourcen eigene Demokratiedialoge.

Beispiel multilaterale Dialog-Plattform: Giessbach-Demokratieretraite

Die Giessbach-Demokratieretraite wird seit 2022 von der Abteilung Frieden und Menschenrechte (AFM) des Staatssekretariats des EDA durchgeführt. Hochrangige Vertreterinnen und Vertreter von zehn bis zwölf Ländern tauschen sich an der Retraite in vertraulicher Atmosphäre zu Fragen rund um die Demokratie aus. Expertinnen und Experten geben Inputs zu aktuellen Themen und unterstützen einen offenen und selbstkritischen Dialog. Die Giessbach-Demokratieretraite unterstützt die Schweizer Demokratiediplomatie auch darin, ein Netzwerk von Staaten aufzubauen, die sich für die Demokratie einsetzen. Dieses Netzwerk kann gemeinsames Lernen und Handeln befördern und so zur Stärkung der Demokratie weltweit beitragen.

Im multilateralen Bereich fördert die Schweiz Demokratie durch Initiativen und Dialogplattformen. Sie bringt Demokratiethemata in Organisationen wie dem Europarat, der OSZE, der OECD sowie relevanten UNO-Gremien, etwa im internationalen Genf, ein.

«Demokratiedefizit» im Multilateralismus?

Das multilaterale System wächst und ist engermaschiger als je zuvor. Das Wachstum des multilateralen Systems und dessen Bürokratisierung bringt unter dem Gesichtspunkt der Demokratie auch Herausforderungen mit sich. So vertreten die einzelnen Staaten ihre Interessen in erster Linie durch die Exekutive. Je schwächer die Legislative und die demokratische Teilnahme in den Mitgliedsstaaten, desto geringer ist deren Einflussmöglichkeit. In diesem Zusammenhang spricht man auch von einem «Demokratiedefizit» im Multilateralismus. Die Schweiz versucht gemeinsam mit anderen Staaten, diesen Tendenzen entgegenzuwirken und die Transparenz multilateraler Entscheidungsprozesse zu verbessern, so dass auch die innerstaatlichen Verfahren zur Teilnahme an diesen Prozessen gestärkt werden können.

4.1.2 Gute Dienste

Die Schweiz fördert Plattformen, an denen staatliche und nichtstaatliche Akteure Erfahrungen zur Stärkung demokratischer Institutionen und Prozesse austauschen. Besonders wertvoll ist der Einbezug von Akteuren, die bereits erfolgreiche demokratische Mobilisierungen erreicht haben, um gemeinsames Lernen zu ermöglichen. Dabei nutzt die Schweiz insbesondere das internationale Genf und arbeitet mit Organisationen zusammen, die über Netzwerke, Expertise und Erfahrung verfügen. Dazu zählen multilaterale Organisationen, Nichtregierungsorganisationen, Thinktanks und schweizerische Plattformen. Partnerländer werden ebenfalls bei der Durchführung solcher Anlässe oder Prozesse unterstützt.

4.1.3 Unterstützung demokratischer Fortschritte

Die Demokratie verzeichnet nicht nur Rückschritte. Immer wieder gelingt es Gesellschaften, undemokratische oder autoritäre Regierungen durch Wahlen oder Protestbewegungen abzusetzen oder sie zu einem Wechsel ihrer politischen Agenda zu bewegen. Diese Staaten sind oft auf rasche externe Unterstützung angewiesen. Hier will die Schweiz schnell reagieren und ihr diplomatisches Instrumentarium einsetzen, wenn dies gewünscht ist.

Beispiel Unterstützung für demokratische Fortschritte: Rapid Action Team (RACT)

Das «Rapid Action Team» (RACT) der AFM wurde 2020 als ein Instrument konzipiert, um bei Konflikten kurzfristige Handlungsspielräume für Konfliktlösung, Mediation und Dialogunterstützung zu identifizieren und zu nutzen – in Ergänzung zur langfristigen Friedenspolitik. Das RACT kann neu auch bedarfsorientiert und in einer Startup-Logik auf demokratische Öffnungen reagieren. Wenn beispielsweise Wahlen oder Proteste dazu führen, dass demokratische Fortschritte möglich werden, kann sich ein kurzes Fenster zu deren Unterstützung ergeben. Solche Opportunitäten müssen rasch erkannt werden und erfordern eine effiziente Reaktion. Das RACT bietet die nötige flexible Struktur, um in solchen Situationen agil und innovativ zu handeln.

Zusätzlich zu diesen drei Instrumenten wird die Schweiz als **transversale Massnahme** dem verbreiteten negativen Diskurs rund um die Demokratie entgegenwirken und einen positiveren, sinnstiftenden Ansatz stärken. Das Ziel ist, aufzuzeigen, dass die Demokratie nicht nur nachweisbare positive Auswirkungen auf Frieden und nachhaltige Entwicklung hat (vgl. Einleitung), sondern auch auf einem gemeinsamen Fundament aufbaut. Auch reife Demokratien müssen sich immer wieder erneuern, indem sie tragfähige Lösungen finden, politische Polarisierung in Schranken halten und so das Vertrauen der Menschen sicherstellen.

Aktionsfeld 2

Institutionelle und gesellschaftliche Rahmenbedingungen

Ausgleichende Institutionen sind entscheidend für die Stärkung der demokratischen Resilienz. Dazu zählen sowohl formelle Institutionen wie Exekutive, Legislative und Judikative, die durch Gewaltenteilung und gegenseitige Kontrolle Macht balancieren, als auch informelle Institutionen und Organisationen wie Parteien, Verbände oder Medien. Letztere bereichern die demokratische Debatte durch ihre Vielfalt und fordern aktive Teilhabe am politischen Prozess ein. Gemeinsam verhindern sie Machtkonzentration, Machtmissbrauch und autoritäre Tendenzen, indem sie systemische Widerstände aufbauen und sicherstellen, dass gesellschaftliche Prioritäten kontinuierlich in die politische Agenda einfließen. Eine Einschränkung des Handlungsspielraums und der Unabhängigkeit der formellen staatlichen Institutionen oder der informellen Institutionen und Organisationen gilt häufig als erstes Warnsignal für Angriffe auf die Demokratie.

Selbst die besten ausgleichenden Institutionen können ihre Wirkung verlieren, wenn das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger fehlt oder ihnen der Zugang und das Wissen über deren Nutzung verwehrt bleibt. Ohne gelebte Demokratie droht Institutionen ein Bedeutungsverlust oder eine Entfremdung von den Bürgerinnen und Bürgern. Deshalb darf der Fokus nicht allein auf den institutionellen Rahmenbedingungen liegen, sondern muss auch die gesellschaftlichen Grundlagen berücksichtigen. Entscheidend sind das Wissen, die Fähigkeiten und die Erfahrungen der Bürgerinnen und Bürger, um politische Prozesse aktiv mitzugestalten, mitzubestimmen und die Demokratie lebendig zu halten.

Sechs Instrumente bündeln und vertiefen bestehende Aktivitäten der Schweiz:

4.2.1 Informations- und Mediensysteme

Meinungsfreiheit, ein vielfältiges Mediensystem und pluralistischer Journalismus sind essenziell, damit sich die Bevölkerung fundierte Meinungen bilden und Regierungen zur Rechenschaft ziehen kann. Doch weltweit gerät die freie Meinungsäußerung zunehmend unter Druck. Autoritäre Regime verstärken ihre Kontrolle über Informationssysteme, auch grenzüberschreitend, indem sie Infrastrukturen aufbauen oder aufkaufen, um ihre Narrative zu verbreiten. Gleichzeitig birgt die Einschränkung journalistischer Arbeit oder die Transformation von Medien zu Sprachrohren ideologischer oder partikularer Interessen die Gefahr eines einheitlichen Denkens. Dies untergräbt nicht nur die Meinungsvielfalt, sondern auch das Vertrauen der Bevölkerung in die Demokratie.

Beispiel Unterstützung von unabhängigen und vielfältigen Mediensystemen: IFPIM

Die Verbreitung von Desinformation hat weltweit zugenommen. Durch die Digitalisierung und die Multiplikation der Kanäle ist zudem das Geschäftsmodell vieler unabhängiger Medienhäuser unter Druck geraten. Vor diesem Hintergrund hat die DEZA 2022 den Aufbau des neuen «International Fund for Public Interest Media» (IFPIM) unterstützt. IFPIM ist bestrebt, die Widerstandsfähigkeit von Informationsräumen zu stärken sowie lokale, vielfältige Medienorganisationen zu fördern. So finanziert IFPIM beispielsweise im Libanon eine der bedeutendsten Quellen für unabhängigen Journalismus im arabischen Raum, und in Nepal wurde mit Hilfe von IFPIM-Mitteln eine neue Gruppe von Journalistinnen und Journalisten aus unterrepräsentierten Gemeinschaften für ein unabhängiges Medium rekrutiert.

Neue Technologien haben die Informationslandschaft revolutioniert und bieten Chancen für die Demokratie, etwa durch Förderung von Transparenz, Unterstützung unabhängiger Medien und Stärkung der Meinungsfreiheit. Gleichzeitig bergen sie Risiken wie gesellschaftliche Polarisierung, Radikalisierung und den Missbrauch von KI zur Überwachung. Die Schweiz unterstützt daher Plattformen, Organisationen und Regelwerke, um eine vielfältige Informations- respektive Medienlandschaft sicherzustellen.

Die Schweiz fördert Meinungsfreiheit durch Unterstützung vielfältiger Mediensysteme sowie den Schutz unabhängiger Medienschaffenden. Sie bekämpft Manipulation durch neue Technologien und nutzt deren Potenzial zur Stärkung der Demokratie. Zudem stärkt sie den internationalen Rechtsrahmen, um eine ausgewogene Informationslandschaft zu gewährleisten und den Bürgerinnen und Bürgern eine fundierte Ausübung ihrer demokratischen Rechte zu ermöglichen.

4.2.2 Wahlen und Parlamente

Freie, transparente und glaubwürdige Wahlen auf nationaler und lokaler Ebene sind ein wichtiger Grundpfeiler der Demokratie, auch wenn Demokratie nicht auf die Durchführung von Wahlen reduziert werden kann. Die Schweiz fördert unabhängige Wahlbehörden, eine ausgewogene Information der Öffentlichkeit und gewaltfreie öffentliche Debatten. Sie setzt sich für eine gleichberechtigte Wahlbeteiligung von Frauen ein, fördert die Teilhabe von Minderheiten an politischen Prozessen und unterstützt das friedliche Verhalten der Parteien.

Zudem setzt sich die Schweiz für Wahlreformen ein, beteiligt sich an internationalen Wahlbeobachtungsmissionen und unterstützt die Empfehlungen anerkannter Organisationen (OSZE, EU oder OAS) nach einer Wahlbeobachtung.⁷ Wahlen werden dabei nicht als isolierte Ereignisse betrachtet, sondern aus einer langfristigen Perspektive und unter Einbeziehung einer sorgfältigen politischen Risikoanalyse über den gesamten Wahlzyklus hinweg. Diese Unterstützung wird stets in Ergänzung und Verbindung mit Programmen für eine verantwortungsvolle Staatsführung betrachtet.

Beispiel Unterstützung von Parlamenten: Nordmazedonien

Seit über 15 Jahren unterstützt die DEZA das Parlament Nordmazedoniens bei der Stärkung seiner Verwaltungskapazitäten und -prozesse. Dabei wurden parlamentarische Abläufe optimiert und das Datenmanagement verbessert, was die Effizienz des Parlaments erhöhte. Die Schweizer Parlamentsdienste halfen bei der Ausarbeitung neuer Gesetze zur internen Organisation des Parlaments. Die DEZA trug zur Förderung eines parteiübergreifenden Konsenses, zur Verbesserung der beruflichen Fähigkeiten der Abgeordneten und zur Stärkung der Unabhängigkeit des Parlaments bei. Zudem arbeitet die Schweiz an der Stärkung der Zivilgesellschaft in parlamentarischen Belangen.

Die Schweiz stärkt auch Parlamente. Dies erfolgt sowohl auf nationaler als auch auf lokaler Ebene und hauptsächlich in Zusammenarbeit mit den Parlamentsdiensten des Schweizer Parlaments, die im gegenseitigen Austausch andere Länder in der Ausarbeitung von Gesetzen, in der Budget- und Gesamtauf-sicht oder in der Kommunikation mit der Wählerschaft beraten.⁸

Die Schweiz setzt sich für freie, transparente und glaubwürdige Wahlen auf nationaler und lokaler Ebene ein. Zudem baut sie ihre Unterstützung für Parlamente bei der Wahrnehmung ihrer Grundfunktionen und beim Kapazitätsaufbau aus.

4.2.3 Dezentralisierung und Föderalismus

Dezentralisierung definiert die Rahmenbedingungen, durch welche verfassungsmässige Zuständigkeiten und Entscheidungskompetenzen von der nationalen auf die subnationale und lokale Ebene übertragen werden. Die Dezentralisierung begünstigt so ein System, das die politische Macht auf mehrere Ebenen und Akteure aufteilt. Machtteilung wirkt autoritären Tendenzen entgegen und macht Demokratien widerstandsfähiger. Darüber hinaus kann die Dezentralisierung die Demokratie auch stärken, indem sie zu effizienteren politischen Prozessen beiträgt und die Beteiligung und Aufsicht durch die Bürgerinnen und Bürger stärkt.

⁷ Wahlbeobachtungsmissionen des ODIHR (OSZE), der EU und der OAS werden durch den [Expertenpool für zivile Friedensförderung \(SEF\)](#) mit dem Einsatz von Schweizer Wahlbeobachterinnen und -beobachtern unterstützt.

⁸ Mehr dazu: [Parlamentarische technische Zusammenarbeit \(PTZ\)](#).

Im Zentrum der Unterstützung der Dezentralisierung stehen das Subsidiaritätsprinzip, das Entscheidungen dort ansiedelt, wo sie den Bürgerinnen und Bürgern am nächsten sind, sowie Wirksamkeitsüberlegungen. Der Föderalismus ist eine mögliche Ausgestaltung der Dezentralisierung: In einer föderalistischen Regierungsstruktur sind die verfassungsmässigen Zuständigkeiten zwischen einem Bundesstaat und seinen föderalen Einheiten aufgeteilt. Beide Ebenen verfügen über eigene Wahlkreise, Institutionen sowie Entscheidungs- und Finanzbefugnisse. Die Schweiz verfügt über extensive Erfahrung in der Entwicklung und Umsetzung einer föderalistischen Staatsorganisation. Auf Anfrage und sofern die nötigen Rahmenbedingungen gegeben sind, stellt die Schweiz diese Expertise zur Verfügung.

Die Schweiz trägt zu einer gut funktionierenden Regierungsführung auf verschiedenen staatlichen Ebenen bei. Aufbauend auf bisherigen Aktivitäten unterstützt sie Dezentralisierungsreformen, welche angemessene und transparente Kompetenztransfers von der nationalen auf die subnationale und lokale Ebene zum Ziel haben. Gleichzeitig fördert die Schweiz die Fähigkeit subnationaler Institutionen bei der Bereitstellung von Dienstleistungen sowie beim Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern.

4.2.4 Korruptionsbekämpfung

Korruption ist eine Herausforderung für viele Staaten und hindert deren nachhaltige Entwicklung.⁹ Korruption schadet auch der Demokratie: Indem einzelne Menschen ihre Macht missbrauchen, um politische Entscheidungen in ihrem Interesse zu beeinflussen, verzerrt Korruption die kollektive Entscheidungsfindung. Ausserdem wird in Institutionen, die von Korruption geprägt sind, das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit untergraben. Mächtige Personen können sich rechtsstaatlichen Spielregeln entziehen und so das demokratische Fundament aushöhlen. Korruption kann zudem dazu führen, dass öffentliche Gelder unrechtmässig abgezweigt werden, wodurch Ressourcen für öffentliche Dienstleistungen schwinden.

Beispiel Bekämpfung von Korruption: Ukraine

Im Kontakt mit der Verwaltung sehen sich Bürgerinnen und Bürger in der Ukraine mit Herausforderungen wie Korruption, eingeschränktem Zugang zu Informationen und einer oft unzureichenden Qualität öffentlicher Dienstleistungen konfrontiert. Mit dem Projekt EGAP («E-Governance for Accountability and Participation») trägt die DEZA zur Eindämmung der Korruption und zur Verbesserung des Zugangs zu öffentlichen Dienstleistungen bei. Das Projekt fördert insbesondere die Rechenschaftspflicht und die Effizienz öffentlicher Dienstleistungen wie Gewerbe- und Geburtsanmeldungen oder Rentenzahlungen durch neu ein-

⁹ EDA, 2020, [Strategie des Bundesrates gegen die Korruption 2021–2024](#).

gerichtete digitale Verwaltungsportale. Mit EGAP wurden zahlreiche Demokratieinstrumente entwickelt, darunter elektronische Petitionen, elektronische Konsultationen und Online-Beschwerdeverfahren für Dienstleistungen. Dadurch können sich Bürgerinnen und Bürger besser an politischen Entscheidungsprozessen beteiligen.

Die Schweiz stärkt demokratische Institutionen und Prozesse, indem sie Korruption präventiv bekämpft und gezielt Kapazitäten bei Justiz und Anti-Korruptions-Behörden aufbaut. Sie engagiert sich für globale Initiativen zur Rückführung illegaler Vermögenswerte und zur Bekämpfung illegaler Finanzströme. Durch Partnerschaften mit internationalen Kompetenzzentren fördert sie die notwendige Zusammenarbeit für eine wirksame Korruptionsbekämpfung.¹⁰ Des Weiteren ist die Schweiz im Rahmen von einschlägigen multilateralen Konventionen und Foren aktiv.¹¹

Die Schweiz konsolidiert ihre Arbeit in der Korruptionsbekämpfung. Neben der straf- und menschenrechtlichen Dimension liegt ein besonderer Fokus auf den Auswirkungen der Korruption auf demokratische Prozesse und Institutionen.

4.2.5 Deliberation und Partizipation

Die Deliberation, also das gemeinsame Denken und Reden über politische Fragen, sowie die Teilnahme an politischen Prozessen sind Grundpfeiler der Demokratie. Die Praxis der öffentlichen politischen Diskussion hat in fast allen Gesellschaften eine lange Tradition. In der Schweiz hat sie ihren Ausdruck unter anderem in formellen direktdemokratischen Prozessen gefunden, welche die Deliberation und Partizipation der Bevölkerung durch regelmässige Volksabstimmungen fördern. In anderen Kontexten werden andere Ansätze entwickelt, um Bürgerinnen und Bürger stärker in die politische Diskussion einzubinden. Von den in Westeuropa verbreiteten Bürgerversammlungen hin zu den in Lateinamerika entwickelten partizipatorischen Budgetprozessen und den in Asien erfolgreich umgesetzten digitalen Konsultationsplattformen: Sie fördern die demokratische Resilienz, indem sie helfen, politische Gegensätze gewaltfrei zu überwinden und gesellschaftliche Polarisierung abzubauen. Gleichzeitig schaffen sie Räume für einen konstruktiven Dialog, der das Vertrauen in die Demokratie stärkt.

Die Schweiz kann, wo gewünscht und sinnvoll, gezielt die Entwicklung und Umsetzung innovativer Modelle zur Förderung von Deliberation und Partizipation unterstützen – im Rahmen innovativer Pilotprojekte. Dabei lässt sie sich, basierend auf eigenen Erfahrungen, von den spezifischen Traditionen und Bedürfnissen des jeweiligen Kontexts leiten.

4.2.6 Staatskunde und Demokratiebildung

Die Demokratiebildung soll Bürgerinnen und Bürger befähigen, aktiv an demokratischen Prozessen teilzunehmen, Verantwortung zu übernehmen und die Werte und Prinzipien der Demokratie zu verstehen und zu leben. Neben der Vermittlung von Grundlagen über politische Systeme, Institutionen, Gewaltenteilung und Rechte (Staatskunde) fördert sie die Fähigkeit, sich eine eigene Meinung zu bilden und kritisch mit Informationen umzugehen. Sie hilft auch, Dialog- und Konfliktlösungskompetenzen zu entwickeln, die einen konstruktiven Umgang mit unterschiedlichen Standpunkten erlauben. Demokratiebildung ist Voraussetzung für eine lebendige demokratische Kultur; sie fördert die politische Partizipation und stärkt langfristig das Vertrauen in die Demokratie.

Aufbauend auf ihrer bestehenden Arbeit im Bereich der politischen Bildung legt die Schweiz einen Akzent auf die Demokratiebildung.

¹⁰ [U4 Anti-Corruption Resource Center](#), [International Center for Asset Recovery](#) und [Stolen Asset Recovery Initiative](#) der Weltbank und des UNODC.

¹¹ [UNO-Konvention gegen Korruption \(UNCAC\)](#), [Anti-Corruption Working Group](#) der G20, [Working Group on Bribery](#) der OECD, [Groupe d'États contre la corruption \(GRECO\)](#) des Europarates.

5 Koordination und Umsetzung

Gemäss der [Bundesverfassung](#) (Art.54 Abs.2) und dem [Bundesgesetz über Massnahmen zur zivilen Friedensförderung und Stärkung der Menschenrechte](#) (Art. 2) fördert der Bund die Demokratie. Auf der politisch-strategischen Ebene legt die [APS 2024–2027](#) die übergeordneten Ziele fest (Ziel 24). Die [IZA-Strategie 2025–2028](#) setzt bei der Demokratieförderung ebenfalls einen neuen Schwerpunkt.

Die vorliegenden Leitlinien operationalisieren diese Vorgaben. Die AFM ist für die Koordination der Umsetzung dieser EDA-Leitlinien via Monitoring und Berichterstattung zuständig.¹² Nach dem Prinzip «Struktur folgt Strategie» besteht seit Januar 2024 in der AFM eine Sektion Demokratie, die zusätzlich zu bereits existierenden Stellen in der Bundesverwaltung ebenfalls Arbeit im Bereich Demokratieförderung leistet.¹³

Innerhalb des EDA wird die demokratierelevante Arbeit primär von der DEZA¹⁴ und der AFM (Staatssekretariat) verantwortet, die gemeinsam die interdepartementale Arbeitsgruppe Demokratie (IDAG Demokratie) leiten. Die Direktion für Völkerrecht (DV) berät die Bundesbehörden in völkerrechtlichen Fragen und stellt sicher, dass die Schweiz ihre internationalen Verpflichtungen einhält. Die Mitglieder der IDAG Demokratie begleiten die Umsetzung dieser Leitlinien und schaffen Synergien.¹⁵ Auch die Kantone werden einbezogen. Zur Sicherstellung der Kohärenz der Aussenpolitik fliessen diese Leitlinien in die geografischen und thematischen Strategien des Bundesrates ein.

Das Aussennetz der Schweiz trägt wesentlich zur Umsetzung der Leitlinien bei, indem es im Gastland demokratierelevante Entwicklungen analysiert und frühe Anzeichen für positive wie negative Trends erkennt. Die Vertretungen und Missionen sind angehalten, den Dialog zu demokratischen Themen mit staatlichen Institutionen, zivilgesellschaftlichen Akteuren, dem Privatsektor und akademischen Einrichtungen zu fördern. In Abstimmung mit der Zentrale führen sie zudem gezielt diplomatische Massnahmen wie Demarchen und Stellungnahmen durch, um demokratische Werte zu stärken und die Ziele der Schweizer Aussenpolitik voranzutreiben.

¹² Zur wirkungs- und zielorientierten Umsetzung der strategischen Vorgaben kann die AFM punktuell und im Rahmen der bewilligten Ressourcen einzelne Aktivitäten und Projekte von Dritten finanzieren. Die Zusammenarbeit mit Partnern erfolgt über konkrete und zeitlich begrenzte Projekte, die die Ziele des Bundes wirksam unterstützen. Die AFM unterstützt keine Advocacy- und Lobbyingarbeit in der Schweiz.

¹³ In der IZA-Strategie 2025–2028 ist festgehalten, dass die AFM 5 Prozent ihres Gesamtbudgets für die Demokratieförderung einsetzt.

¹⁴ Die DEZA setzt ihre Prioritäten in der demokratischen Gouvernanz, der Dezentralisierung und der Korruptionsbekämpfung. Zu diesem Zweck arbeitet sie in den Schwerpunktländern mit Partnern, auf nationaler wie lokaler Ebene zusammen.

¹⁵ Mitglieder der IDAG Demokratie sind Einheiten des EDA (Direktion für Völkerrecht, Abteilung Wohlstand und Nachhaltigkeit, Abteilung UNO, Abteilung Digitalisierung und geografische Abteilungen), des WBF (Staatssekretariat für Wirtschaft), des EJPD (Bundesamt für Justiz), der Bundeskanzlei sowie der Parlamentsdienste.

Anhang

Abkürzungsverzeichnis

AFM	Abteilung Frieden und Menschenrechte
APS 2024–2027	Aussenpolitische Strategie 2024–2027
DEZA	Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit
EDA	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
DV	Direktion für Völkerrecht
IDAG Demokratie	Interdepartementale Arbeitsgruppe Demokratie
IFPIM	International Fund for Public Interest Media
International IDEA	International Institute for Democracy and Electoral Assistance
IZA	Internationale Zusammenarbeit
KI	Künstliche Intelligenz
OAS	Organisation Amerikanischer Staaten (<i>Organization of American States</i>)
ODHIR	Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE (<i>Office for Democratic Institutions and Human Rights</i>)
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (<i>Organisation for Economic Co-operation and Development</i>)
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PTZ	Parlamentarische technische Zusammenarbeit
SECO	Staatssekretariat für Wirtschaft
SEF	Expertenpool für zivile Friedensförderung Staatssekretariat für Wirtschaft
UNO	Organisation der Vereinten Nationen (<i>United Nations Organisation</i>)
UNODC	Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechenbekämpfung (<i>United Nations Office on Drugs and Crime</i>)
V-Dem	Varieties of Democracy Institute

Impressum

Herausgeber:
Eidgenössisches Departement für
auswärtige Angelegenheiten EDA
3003 Bern
www.eda.admin.ch

Publikationsdatum:
07.05.2025

Gestaltung:
Audiovisuell, Kommunikation EDA, Bern

Karten:
Die Darstellung von Grenzen und die Verwendung von Namen und Bezeichnungen auf den Karten bedeuten nicht, dass die Schweiz diese offiziell befürwortet oder anerkennt.

Diese Publikation ist auch auf Französisch, Italienisch und Englisch erhältlich und kann heruntergeladen werden unter www.eda.admin.ch/strategien.

Bern, 2025 / © EDA

